

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICH'S FREIHEIT

Nr. 6

September 1968

Preis S 3.-

OFG – noch nicht abgeschlossen

Die Entwicklung der Opferfürsorgegesetzgebung seit 1962

Wie wir berichteten, hielt Bundesobmannstellv. w. Hofrat i. R. Dr. Mohr vor der Generalversammlung 1968 des Landesverbandes Wien einen Vortrag über die Opferfürsorgegesetzgebung seit 1962. Hofrat Dr. Mohr führte in dem Vortrag u. a. aus:

Das Opferfürsorgegesetz (OFG) wird heuer 21 Jahre alt. 18 mal ist es inzwischen abgeändert und ergänzt worden, allein seit 1962 sind sechs Novellen erschienen. In den Jahren 1962 und 1961 hat es Höhepunkte der Fortentwicklung dieses Gesetzes gegeben, das anfangs ziemlich rudimentär war: die 7. und die 12. Novelle, die den Opfern die Haftentschädigung, die einmalige Einkommensentschädigung, die Maßnahmen zugunsten der U-Boote, der Sternträger, der Internierten, der Ausgesiedelten und der Ausbildungsgeschädigten brachten. Unabhängig davon ist hier auch die Beamtenentschädigung vom Jahre 1962 und ihre Verbesserung von 1961 der Vollständigkeit halber zu erwähnen.

Die Vielzahl der Entschädigungstatbestände läßt die Vielschichtigkeit des Leides erkennen, das die nationalsozialistische Herrschaft 1938 über Österreich und sein Volk brachte: das totale Regimesystem hatte zwangsläufig das totale Verfolgungssystem zur Konsequenz.

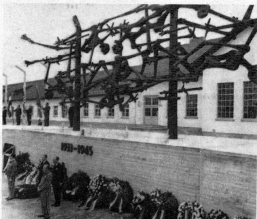
Innerehalb der Errungenschaften der Opferfürsorgegesetzgebung seit 1962 sind zwei Gruppen zu unterscheiden: echte und unechte Verbesserungen, Renten-

erhöhungen im Nachziehverfahren, bedingt durch Veränderungen der Preise, sind zweifellos nur unechte Verbesserungen. Wären sie ausgeblieben, wäre eine Verschlechterung der Lage der NS-Opfer eingetreten, was Bundesregierung und Parlament nie zugelassen hätten.

Um eine Gesamtübersicht über die Verbesserungen des OFG seit 1962 zu ge-

ben, kann man nicht rein gesetzesgeschichtlich berichten, das Bild wäre unübersichtlich und verwirrend. Es sollen daher die Veränderungen und Verbesserungen je nach ihrer Auswirkung auf die einzelnen Gruppen der Geschädigten dargestellt werden. Natürlich muß jeweils berichtet werden, mit welcher Ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)



OFG – noch nicht abgeschlossen

(Fortsetzung von Seite 1)

sozietnovelle die betreffende Neuerung verfügt wurde. So geschehen sind nicht weniger als zehn Gruppen, je nach der Auswirkung des Gesetzes, zu unterscheiden: alle Amtsbeschreibungsinhaber, alle Opferausweisungsinhaber, Hinterbliebene mit Amtsbeschreibung, Hinterbliebene mit Opferausweis, gesundheitsschädigte Amtsbeschreibungsinhaber, freitagsgeschädigte Inhaber von Amtsbeschreibungen und Opferausweisen, Inhaber von Opferausweisen wegen Einkommensschädigung, ausbildungsschädigte Opferausweisungsinhaber, Hinterbliebene ohne Amtsbeschreibung und Opferausweis, Geschädigte ohne Amtsbeschreibung oder Opferausweis.

Eine 28. Novelle zum Opferfürsorgegesetz ist seit längerem in Vorbereitung. Es ist zu hoffen, daß auch sie bald verwirklicht wird.

Warum konnte die Opferfürsorgegesetzgebung nur schrittweise ausgebaut werden? Im Anfang machten die Existenzschwierigkeiten des Staates und die Sorgen um den wirtschaftlichen Wiederaufbau die Angelegenheiten der politisch Verfolgten eher zu zweitrangigen Problemen. Sie selber hielten sich, als echte Pioniere der Zweiten Republik, maßvoll und einsichtsvoll zurück. Die Bestimmung des § 2 Abs. 1 des OFG sah wohl eine umfassende, einmalige und generelle Lösung der durch die NS-Verfolgungen entstandenen Fragen vor – frei vom reinen Fürsorgegedanken –, doch ist die Realisierung dieser Absicht des Gesetzgebers noch in der Ferne.

Ein typisches Beispiel für die Rangordnung der Maßnahmen: Die Beamtenentschädigung, ein absolut klarer Fall der Vergütung erlittener materieller Verfolgung, kam – wie bereits erwähnt – erst 1932 zustande. – Dann fehlte von Anfang an eine systematische Aufnahme der Schäden überhaupt. Erst die Anwendung des OFG ließ Jahr um Jahr neue Lücken erkennen und damit die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Opferfürsorgegesetzgebung nur ein Teil im System der sozialen Gesetzgebung überhaupt sein kann. Es besteht ein Konnex mit dem Fortgang der Sozialen Versicherung, z. B. die Dynamisierung der Renten und mit der Kriegsofferversorgung, z. B. die Bestimmung der Höhe der Opfer- und der Hinterbliebenenrente. Es kann daher die Opferfürsorgegesetzgebung nicht ohne Bedachtnahme auf die sonstige Entwicklung des sozialpolitischen Gefüges der Republik weiterentwickelt werden, eine Einsicht, der sich wahre österreichische

chische Patrioten nicht verschließen können.

Allerdings hatte die schrittweise Regelung der Opferfürsorgegesetzgebung auch bittere Nachteile im Gefolge: viele Opfer, ja auch deren Hinterbliebene, haben die einzelnen Fortschritte auf diesen Gebieten nicht mehr erlebt. Dann gibt die fast jährliche Behandlung dieses legislativen Fragenkomplexes in der Öffentlichkeit öfters ein falsches Bild. Viele, und nicht immer nur die Gegner des österreichischen Widerstandswillens von 1938, fragen sich: ist denn dieses Thema noch immer nicht abgeschlossen? Viel Aufklärung der Berufenen ist hier nötig, um aufzuzeigen, daß jede Novelle immer nur Selbstverständliches, längst Versäumtes bringt, viel Geduld und Einsicht der unmittelbar Betroffenen.

Es ist sehr zu bedauern, daß noch keineswegs alle Schäden ersetzt werden konnten. Viele Schäden sind immer noch unberücksichtigt, weil sie unter der Grenze des gesetzlich limitierten Schadetragens liegen, obwohl es doch für das Opfer wahrhaftig kein Bagateltschaden war, wenn sein Einkommen durch die z.-a. Verfolgungsmaßnahme zwar um nicht mehr als die Hälfte und nicht durch dreieinhalb Jahre, aber dennoch um die Hälfte oder durch drei Jahre vermindert war. Hier wirken sich die Limits des Gesetzes als harte Schranken aus, und es ist nicht absehbar, wann auch diese einmal fallen.

Für die Verbände wirkt einigermassen bedrückend, daß sie sich immer wieder mit Forderungen materieller Art befassen müssen, da doch das Betonen ideeller Momente so dringend nötig wäre, denn der Geist, der Zehntausende der besten Österreicher 1938 um Leben, Gesundheit, Freiheit und Brot brachte, ist leider noch immer nicht völlig erloschen.

Abschließend: Ohne den guten Willen und die Tatkraft der übrigen Opferverbände herabsetzen zu wollen: es war doch immer wieder die ÖVP-Kameradschaft, die beim Verfechten der gerechten Ansprüche der politisch Verfolgten im Vordergrund zu sehen war. Die Namen von Nationalrats-Abg. Frisch, Landeshauptmann Figl, Landtags-Abg. Leinkauf und – mit besonderer Dankbarkeit zu nennen – von Nationalratspräsident Doktor Maleta bleiben für immer mit dem erfolgreichen Kampf der politisch Verfolgten um ihre Rechte verbunden. Sein gutes Wort über die Opfer des NS-Regimes, das er vor dem gesamten Nationalrat am 13. März 1963 fand, bleibt unvergessen: „Ohne sie, ohne die politisch Verfolgten, gäbe es heute kein freies Österreich. Das ist das große historische Verdienst, die staatspolitische Leistung, auf die alle Opfer des NS-Regimes stolz sein können!“

DNZ – made in Austria?

Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der wegen ihrer rechtsextremistischen Haltung auch in Österreich unheimlich bekannten „Deutsches National- und Soldaten-Zeitung“ (DNZ), hat die Absicht dementiert, den „Wiener Montag“ und den dazugehörenden „Grazer Montag“ von dem Wiener Verleger Vincenz Kaufner zu kaufen. Auch Vincenz soll nicht an einen Verkauf an die DNZ denken, wenigstens er sich unter Hinweis auf sein vorgeschrittenes Alter unter Umständen von seinen Blättern trennen würde. Im Hintergrund etwaiger Verkaufspläne dürfte jedoch die ungünstige Position der Montagblätter herkömmlichen Typs stehen, von denen nach der Umwandlung der SPÖ-nahe „Montag-Ausgabe“ in die der Wiener SPÖ nahestehende „Neue Zeitung“ nur mehr der sogenannte „blaue“ „Wiener Montag“ übriggeblieben ist, dessen politische Farbe bekanntlich auch in die Richtung der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung“ weist.

Nicht dementiert, sondern sogar bestätigt hat DNZ-Herausgeber Frey die Meldung, daß er beabsichtige, die gesamte Auflage der DNZ von 140.000 Stück in Österreich drucken zu lassen. Auch damit würde ein unerfreulicher Kristallisationspunkt neonazistischer Tendenzen in Österreich geschaffen werden.

Die „Deutsche National- und Soldaten-Zeitung“ ist immer wieder Gegenstand von Interventionen österreichischer Organisationen. So hat vor einiger Zeit die Journalistengewerkschaft des Justizministeriums ersucht, die Möglichkeiten eines Einspruchs gegen diese Zeitung genau zu prüfen, und erst kürzlich hat die Österreichische Widerstandsbewegung die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, daß die DNZ in inserierten Schnellfeuerartikeln deutscher Herkunft anbietet und sich dadurch einer Staatsvertragsverletzung schuldig macht. Diesen Mißbrauch der Pressefreiheit könne sich das neutrale Österreich in einer außenpolitisch gespannten Situation nicht länger gefallen lassen, argumentiert die Widerstandsbewegung, die es unverständlich findet, daß eine frühere Strafanzeige von ihr gegen die DNZ von der Staatsanwaltschaft abgelegt wurde.

FRANZ KITTEL

Eine bessere Welt bauen!

Im Namen der Menschlichkeit kann heute nur mehr der Heilige Vater sprechen. Er ist der einzige, der unbelastet von allen Werten und Ereignissen der letzten Jahrzehnte dasteht. Alle anderen regierenden Mächte dieser Welt sind schwer belastet und kompromittiert. Wir wollen nicht nur an die Tschetschenowaken denken, an jene Ereignisse, die uns zuletzt am tiefsten beeindruckt haben, sondern weil in den letzten Jahrzehnten — seit die letzten Schlüsse des Zweiten Weltkrieges gefallen sind und die letzten Menschen im nationalsozialistischen Regime massakriert wurden — kein Tag vergangen ist, an dem nicht neue Grausamkeiten, Mordtaten und Verbrechen begangen wurden. Denken wir in dieser Situation daran, daß es ständig in der Welt blutigen Kampf, Lüge und schwerste brutale Gewalt gibt. Das ist nicht beschränkt auf Systeme und Länder. Die Gewalt und die Gewaltmethoden gehen durch alle Länder dieser Welt. Auch die Länder, die sich zur freien Welt bekennen, werden davon nicht ausgenommen. Erinnern wir uns an die Ereignisse in Kuba, in Rhodesien und zunehmend in Biafra.

Der Haß geht soweit, daß den hungersenden Menschen Hilfe versagt bleibt, nur weil man ihnen einfach nicht Hilfe bringen will. Denken wir an die letzten Maßnahmen der nigerianischen Regierung, die kostbare Lebensmittel den Einzelheimischen von Biafra verwehrt, weil sie deren Tod, deren Untergang will. Das ist brutales Ausmerzen und Ausrotten. Es scheint so zu sein, als ob man die Überbevölkerung dieser Welt damit bekämpfen wollte, daß man die Menschen vernichtet und zugrunde richtet.

Wenn man dann hört, daß in Vietnam wieder Hunderte von Menschen am Tag zugrunde gehen, und dann noch bemerkt wird, daß es sich um hunderte Vietnamesen gegenüber nur einem Dutzend Amerikaner gehandelt hat, dann muß man erschüttert sein von dieser Art der Darstellung der Tatsachen. Ist es doch völlig gleichgültig, ob auf dieser oder der anderen Seite viele oder weniger Menschen fallen. Es sind Menschen, das soll uns bewußt sein, Menschen wie du und ich, Menschen mit Familie, junge Menschen mit Eltern, Eltern mit Kindern, die dort zugrunde gehen.

Wie stehen wir erschüttert vor den Schandmalen des Dritten Reiches Dachau, Mauthausen und Auschwitz. Wir können es kaum fassen, daß es möglich war, Menschen in so brutaler Weise zu verfolgen. Doch müssen nicht alle diese Erinnerung

gen geradezu verblasen angesichts der Tatsachen, die man von den Kriegsschauplätzen dieser Tage erfährt? Haben wir nicht mit Erschütterung erfahren, welche Grausamkeiten im Kongo möglich waren? Ist es nicht geradezu scheinheilig, von einem Feldzug der Armen zu sprechen, davon zu sprechen, daß man die Armen befreien und daß man diesen Armen ein besseres Leben schaffen will, wenn man im gleichen Atemzug die Armen Vietnams noch ärmer macht, indem man ihre Häuser anzündet, ihnen die Existenz und schließlich auch noch das Leben nimmt? Ist es nicht geradezu unglaublich, was in diesen Tagen, Monaten und Jahren im aller Welt vor sich geht und von der Welt einfach zur Kenntnis genommen wird?

Es muß erst unmittelbar an der Grenze brennen, es müssen erst unmittelbar an der Grenze die Maschinengewehre knattern und Panzer auffahren, damit den Menschen bewußt wird, welche Grausamkeiten, welche brutale Gewalt heute in der Welt herrscht.

Hier wäre ein Feldzug der Menschlichkeit nötig, der den Armen hilft, vor allem aber den Menschen die Sorge um das Morgen nimmt, ihnen Ruhe und die Beruhigung gibt, daß nie wieder Krieg sein wird. Dazu hat der Heilige Vater wiederholt aufgerufen. Aber auch seine Stimme, so stark sie sein mag, verhallt immer wieder ungehört. Kaum ist es ihm gelungen,

irgendwo ein etwas ruhigeres Klima herbeizuführen, bröckeln schon wieder Fackeln an anderer Stelle und drohen die Welt zu verzehren.

Wenn wir die Geschichte des Mittelalters verfolgen, sind wir erschüttert, wie damals Stände und Gruppen, Völker und Völkerschaften andere überfielen, niedermetzten und zugrunde richteten, und man fragt, wie solches möglich war. Ist aber die heutige Zeit anders? Hat sich etwas geändert?

Wie waren wir erschüttert, als wir im Zweiten Weltkrieg vom Schicksal Coventrys erfuhren! Demals hieß es: eine Stadt wird Coventriert, d. h. dem Erdboden gleichgemacht, atomisiert. Gibt es heute in der Welt nicht Dutzende Coventrys? Ist schon etwas damit erreicht, daß sich, nimmher seit Mai d. J., die Streitkräfte Vietnams in Paris an einen Tisch setzen und dabei keinen Schritt weiterkommen, wenn niemand bereit ist, auch nur einen Finger zu rühren, um Frieden zu schaffen?

Jawohl, wir brauchen die Menschlichkeit! Wohl wird unser Appell kaum bis zu den Großen der Welt dringen. Dennoch fühlen wir uns verpflichtet — und das ist die Aufgabe unseres Organs, des „Freiheitskämpfers“, schon seit 20 Jahren — immer wieder aufzurütteln und immer wieder auf solche Dinge hinzuweisen. Es hat keinen Sinn, über jene Situationen zu jammern, die das Dritte Reich heraufbeschoren hat, über jene Grausamkeiten, die dort in den Lagern begangen wurden, wenn wir nicht selbst imstande sind, eine neue, eine bessere Ordnung, eine Gesellschaft der Menschlichkeit zu bauen!

Neues Mahnmal in Dachau

Am 8. September wurde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau ein Mahnmal enthüllt, das vom Internationalen Dachau-Komitee zum Gedenken an die mehr als 30.000 in diesem Lager ums Leben gekommenen NS-Opfer errichtet worden war. Unter den Ehren Gästen befand sich der niederländische Prinz Bernhard. Der österreichische Botschafter in Bonn, Dr. Ender, legte im Namen des österreichischen Bundespräsidenten einen Kranz nieder. Auch im Auftrag des amerikanischen Präsidenten Johnson, des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito und zahlreicher Organisationen politisch Verfolgter wurden Kränze niedergelegt.

Bei der Enthüllung des Mahnmals unterhalb des symbolischen Stacheldrahtes hielten der bayerische Minister Handhammer, selbst ehemaliger Dachau-Häft-

ling, der Berliner Bürgermeister Schütz und der Präsident des Internationalen Dachau-Komitees, Generalmajor a. D. Dr. Guerrise, Gedenkansprachen. Vertreter der drei großen Religionsgemeinschaften nahmen sodann die Weihe des Mahnmals vor.

Auf dem Appellplatz des Lagers waren Abordnungen der westdeutschen, britischen und amerikanischen Streitkräfte angetreten. Während der Feier kam es zu provokanten Zwischenrufen linksradikaler Jugendlicher, die sich vor allem gegen Bürgermeister Schütz und gegen die NATO-Streitkräfte richteten. Die Demonstranten wurden von Ordnern abgedrängt.

Unter den ausländischen Delegationen befand sich auch eine Gruppe ehemaliger KZ-Häftlinge aus Österreich, der auch Vizepräsident Hyroas angehört.

Ein Volk im Freiheitskampf

DER WIDERSTAND DER ČSSR — EIN HISTORISCHES EREIGNIS

Die Vorgänge in der ČSSR in den Tagen des August 1968 haben dem Begriff des politischen Widerstandes neue Aktualität gegeben. Ein ganzes Volk hat hier in einer Geschlossenheit, für die man in der jüngeren Geschichte kein Beispiel findet, demonstriert, daß politischer Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann. Der Mut, den die tschechoslowakische Bevölkerung, vor allem die Jugend dieses Volkes zeigte, war das Tagesgespräch für die österreichischen Nachbarn, er hat auch diesem Volk zu einem neuen „Image“ in der europäischen Völkergemeinschaft verholfen. Auf breiter Front fielen in diesen Tagen alte Vorurteile gegen die Tschechen.

Und wenn in manchen Kommentaren österreichischer Beobachter der alte Schwjck beschworen wurde, an den das Verhalten der tschechischen Nation erinnere, so war ein solcher Vergleich in einem entscheidenden Punkt oberflächlich und falsch: der alte Schwjck hätte in einer solchen Situation wohl seine sarkastischen Witze gemacht, um fügen aber sich in sein Schicksal ergeben. Die tschechische Jugend von heute dagegen hielt die Mündungen der russischen Panzerkanonen mit ihren bloßen Händen zu, sie gab ein bewundernswertes und von aller Welt bewundertes Beispiel von persönlichem Mut und von Bereitschaft zu aktivem persönlichem Einsatz und Bekenntnis. Das war nicht mehr der alte Schwjck, dessen einzige Waffe gegen das Schicksal seine Witze waren, das war eine neue Jugend der tschechoslowakischen Nation, die ihr Geschick selbst in die Hand genommen hat. Die Prager wurden freilich auch in diesen tragischen Tagen des August 1968 nicht von ihrem sprichwörtlichen Witz verlassen, wie etwa die Tafel bewies, die an der zerstörten Fassade des Prager Nationalmuseums am Wenzelsplatz angebracht wurde und auf der angesichts der Zerstörungen an diesem Baudenkmal zu lesen war: „Ausstellung sowjetischer Kunst des 20. Jahrhunderts.“

Das entscheidende Merkmal des tschechischen Widerstandskampfes war es, daß er lückenlos das gesamte Volk erfaßte und nicht nur einen Teil des Volkes, der sich mit seiner Haltung in einem Gegensatz zu einem anderen Teil des Volkes befindet, wie das etwa bei der französischen Widerstandsbewegung der Fall war und in allen ähnlich gelagerten Fällen der jüngeren Geschichte beobachtet werden kann. Die Geschlossenheit der tschechischen Widerstandsbewegung machte es den Sowjets unmöglich, sofort eine Ge-

regierung aufzustellen, da sich niemand fand, der sich dazu vor den Augen der ganzen Nation hergeben hätte.

Dieser Widerstand auf breiterster Front bewies, daß der Kommunismus sowjetischer Prägung im tschechoslowakischen Volk auch im Verlauf von 20 Jahren nicht Fuß fassen konnte und auch jene Generation, die kein anderes System gekannt hat als dieses, nicht für sich gewinnen konnte. Im Hintergrund waren im Volk sogar deutlich Bestrebungen erkennbar, sich von Kommunismus überhaupt zu befreien, wenigstens es über genügend politische Klugheit verfügte, den Reformkurs der neuen Führung unter Dubcek nicht durch offene konterrevolutionäre Ziele zu torpedieren.

Moskau verzichtete im Gegensatz zu seinem Verhalten bei der ungarischen Revolution des Jahres 1956 darauf, den Widerstand der Tschechoslowaken im Feuer seiner Panzerkanonen zu erstickern, offensichtlich in der Erkenntnis, daß die Proteste der freien Welt solange nicht zu Gegenaktionen führen würden, als es sich um eine Macht- und Kraftprobe ohne Ströme von Blut handelt. In der Tat blieb der sowjetische Einmarsch in der ČSSR zunächst auch ohne nennenswerte Reaktionen der USA. Gerade die Tatsache, daß die Sowjets darauf verzichteten, ihre politischen Ziele in der ČSSR ohne massiven Einsatz von Feuerwaffen zu erreichen, ermöglichte den Tschechen die Entfaltung ihres Widerstandes auf breiterster Front. Daß die sowjetischen Panzer nicht schossen, macht den tschechischen Widerstand nicht weniger bewundernswert, gab es doch für die Tschechen keinerlei Garantie dafür, daß die Geschütze der Sowjetpanzer nicht in Aktion treten würden.

Der wahrhaft heroische Widerstandskampf der Tschechoslowaken hat zumindest die Ansätze der Demokratisierung und Liberalisierung in der ČSSR fürs erste gerettet. Er hat sie nicht zuletzt auch für die Sowjetunion selbst gerettet, in der die Keime einer freiheitlichen Entwicklung zweifellos gleichfalls vorhanden sind. Das ist die Hoffnung auch der ČSSR.

Von allen ideologischen Aspekten abgesehen, haben die Tage nach dem 29. August ein Musterbeispiel eines erfolgreichen Widerstandskampfes geliefert, das in die Geschichte eingehen wird. Es sollte allen freiheitsliebenden Völkern als Lehre dienen, die ihnen ständig vor Augen steht in dem Bewußtsein, daß auch ihre Freiheit immer wieder gefährdet und bedroht sein kann.

Die Berechnung des Sterbegeldes

Sozialministerium stellt klar

Zur Frage der Berechnung des Sterbegeldes nach § 12 a OPG, Opferfürsorge, hat das Sozialministerium in einem Schreiben an alle Landesregierungen folgendes festgestellt:

Aus dem Wortlaut des § 12 a Abs. 1 OPG muß geschlossen werden, daß andere als die in dieser Bestimmung angeführten „sonstigen einmaligen Leistungen“ (z. B. aus einer vertraglichen Ablevensversicherung oder aus dem Nachlaß des Verstorbenen, von dem der Anspruch auf Sterbegeld abgeleitet wird) auf das Sterbegeld nicht anzurechnen sind.

§ 12 a Abs. 2 OPG bestimmt, wem das Sterbegeld zu leisten ist. Es ist zunächst zum Ersatz der Kosten der Bestattung zu verwenden und an den zu zahlen, der diese Kosten bestritten hat. Darunter ist jene Person zu verstehen, die die Bestattung bestellt hat und auf die die saldierte Bestattungskostenrechnung lautet. Hierbei ist es ohne Belang, ob die Rechnung vom Besteller direkt beglichen oder der Betrag von dritter Seite, etwa von einem Versicherungsinstitut, überwiesen wurde.

Erreichen die Bestattungskosten die Höhe des nach § 12 a Abs. 1 OPG berechneten Sterbegeldes nicht, kann der verbleibende Rest nur einer Person ausbezahlt werden, auf die die Voraussetzungen des § 12 a Abs. 2 zweiter Satz OPG zutreffen.

Ein Beispiel: Der Inhaber einer Amtsbescheinigung ist gestorben. Sein Bruder hat die Bestattungskosten im Betrag von S 1400,— bestritten. Anlässlich des Todes wurde aus der gesetzlichen Krankenversicherung ein Sterbegeld von S 1200,— und aus einer vertraglichen Ablevensversicherung ein Betrag von S 1000,— gewährt.

Sterbegeld nach § 12 a Abs. 1 erster Satz OPG (angepaßter Betrag laut Verordnung vom 3. Oktober 1967, BGBl. Nr. 335) — abzüglich Sterbegeld aus der gesetzlichen Krankenversicherung, jedoch höchstens im (durch die obeltrierte Verordnung angepaßten) Betrag von S 1150,— verbleiben S 1720,—

Der Bruder des Verstorbenen gehört nicht zum Personenkreis des § 12 a Abs. 2 zweiter Satz OPG. Es ist ihm daher das Sterbegeld lediglich in Höhe der Bestattungskosten, das sind S 1400,—, zu gewähren.

Vor kurzem berichteten wir darüber, daß die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten vor 30 Jahren, im April 1948, gegründet wurde. Wir wir ausführten, war es damals eine Notwendigkeit, nach dem Zusammenbruch des gemeinsamen überparteilichen Verbandes eine eigene Organisation aufzubauen. Diese Organisation wurde als Zweckverband der Österreichischen Volkspartei gegründet und ist nun seit 20 Jahren tätig.

Es war schon damals klar, daß die ÖVP-Kameradschaft auch ein Sprechrohr braucht, ein Organ, das die Mitglieder untereinander verbindet, das aber darüber hinaus auch der Öffentlichkeit sagt, was die Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft wollen, was ihr Streben ist, ihr Ziel und ihr Programm. Und so entstand in den Herbsttagen des Jahres 1948 „Der Freiheitskämpfer“. Waldemar Quaiser und Karl F. J. Paar waren die ersten Redakteure dieses Blattes. Der Schreiber dieser Zeilen hatte damals bereits eine eigene Rubrik unter dem Titel „Rat und Hilfe“ eingerichtet. Diese Rubrik hat lange einen sehr wesentlichen Bestandteil der Zeitschrift „Der Freiheitskämpfer“ bedeutet. Es war die Zeit, da es galt, für die Opfer des Dritten Reiches gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, um sie vor allem materiell nicht nur zu schützen, sondern auch besserzustellen.

Die heimkehrenden KZler und Insassen der Gefängnisse des Dritten Reiches und jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr instande waren, den ursprünglichen Beruf auszuüben, drängten danach, eine gesetzliche Sicherheit zu haben. Es ging nicht darum, wie man uns immer wieder unterzogen wollte und will, daß wir ein privilegiertester Stand sein und uns irgendwelche Rechte heraushebeln wollten, die uns nicht zustehen, sondern es ging darum, jene Gruppen von Menschen in diesem österreichischen Vaterland so zu stellen, daß sie annähernd in die gleiche wirtschaftliche Lage versetzt werden, in der sie gewesen wären, hätten sie die furchtbaren Erlebnisse des Dritten Reiches nicht gehabt. Die Erlebnisse haben unsere Kameraden vielfach nicht mehr in die Lage versetzt, ihren Beruf auszuüben, in gleicher Weise dort fortzusetzen, wo sie 1938 oder später aufgehört haben oder aufhören mußten. Ihnen zu helfen, wirtschaftlich zu helfen, sozial zu helfen, war also die erste Aufgabe der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, und diesem Ziele diente auch damals der „Freiheitskämpfer“.

Daneben haben sich beide Redakteure des „Freiheitskämpfers“, sowohl Waldemar Quaiser als auch Karl F. J. Paar, bemüht, dem Blatt auch eine ideologische Basis zu geben. Die Gefahr, daß die Politik in Österreich wieder in Bahnen gerät, die der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit

und Souveränität unseres Landes schaden könnte, war groß, weil man damals befürchten mußte, daß das österreichische Staatsbewußtsein nicht so stark ausgeprägt sein würde, um irgendwelchen Versuchen auswärtiger Organe und anderer Länder standhalten zu können.

Ich habe wiederholt in dieser Zeitschrift darauf hingewiesen, daß wir das mahnende Gewissen der Partei und der Öffentlichkeit sein müssen. Wir — die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten — waren das mahnende Gewissen der Österreichischen Volkspartei, und alle Verbände der politisch Verfolgten waren in dieser Zeit, in diesen letzten 20 Jahren, das politische Gewissen des österreichischen Vaterlandes.

Wer den „Freiheitskämpfer“ aus den Jahren 1948—1968 durchblättert, wird erkennen, daß sich so wie die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten auch der „Freiheitskämpfer“ gewandelt hat.

20 Jahre „Der Freiheitskämpfer“

VON CHEFREDAKTEUR
FRANZ KITTEL

Die materiellen Sorgen der Verfolgten wurden durch die Opferfürsorgegesetzgebung und Wiedergutmachungsgesetze weitgehend behoben. Dabei ist die „Rat und Hilfe“-Rubrik immer kleiner geworden und konnte schließlich eingestellt werden. Auf der anderen Seite sind die politischen Aufgaben ohne Zweifel die gleichen geblieben, wenn nicht sogar in den letzten Jahren noch gewachsen. Immer wieder gab es Ereignisse, die auch eine Stellungnahme der ÖVP-Kameradschaft erforderten, und diese Stellungnahmen der ÖVP-Kameradschaft fanden ihren Niederschlag in der Zeitschrift „Der Freiheitskämpfer“. Der „Freiheitskämpfer“ ist in den 20 Jahren seines Bestandes ungefähr in 200 Ausgaben erschienen. Wir haben in diesen 200 Ausgaben auf rund 1600 Seiten sowohl politisches Material geliefert als auch ideologische Artikel, historische Abhandlungen und schließlich Aufklärungen für unsere Kameraden. Es hat sich in dieser Zeit eine

Reihe von Kameradinnen und Kameraden an der Ausgestaltung und der Zusammenstellung des „Freiheitskämpfers“ beteiligt. Ich will es hier unterlassen, einzelne Namen zu nennen. Wenn ich auf der historischen Seite nur einen Namen nenne, dann ist es Prof. Ludwig Reiter, der mit seinem reichen historischen Wissen als einer der schärfsten österreichischen Patrioten immer wieder — in Erinnerung an vergangene Zeiten und Epochen unserer österreichischen Geschichte — zur Stärkung des österreichischen Staatsbewußtseins beigetragen hat. Wir haben eine Reihe prominenter Mitarbeiter zur Redaktion des „Freiheitskämpfers“ gezählt. Ich darf hier darauf hinweisen, daß die großen Kämpfer der Zweiten Republik, Leopold Figl und Julius Raab, in unserem „Freiheitskämpfer“ zu Wort gekommen sind, und ich selbst darf bestätigen, daß beide Kämpfer jeder Aufforderung, im „Freiheitskämpfer“ eine Stellungnahme zu beziehen, nachgekommen sind. Aber auch Präsident Dr. Maletz und Vizekanzler a. D. Dr. Bock haben für uns im „Freiheitskämpfer“ geschrieben. Selbstverständlich haben die Bundesobmänner der ÖVP-Kameradschaft sowohl an der Gestaltung des „Freiheitskämpfers“ als auch am redaktionellen Teil besonders mitgewirkt. Hier darf ich daher auch die drei Bundesobmänner der ÖVP-Kameradschaft, Vizekanzler Dr. Bock, Hofrat Anton Frisch und den derzeitigen Bundesobmann, Gemeinderat Hans Leinlauf, besonders erwähnen.

Die wiederholte Zitierung des „Freiheitskämpfers“ in Tageszeitungen und Zeitschriften anderer Verbände und Organisationen, auch der Hinweis auf Artikel im „Freiheitskämpfer“ durch andere Parteien, die Tatsache, daß dem Schreiber dieser Zeilen sogar einmal ein Schreibverbot auferlegt wurde, daß er und Gemeinderat Leinlauf sich wiederholt in Presse-Ehrenbeleidigungsprozessen mit dem politischen Gegner vor dem Kadi trafen, soll besonders vermerkt werden. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Herausgabe und Gestaltung einer Zeitschrift wie der des „Freiheitskämpfers“ auch auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Hier sei besonders erwähnt, daß dem „Freiheitskämpfer“ jener Mitarbeiterstab fehlte, über den andere Zeitungen verfügen. Der „Freiheitskämpfer“ wird von einigen tausend Menschen gelesen, seine Stärke in der Leserschaft liegt darin, daß diese Leserschaft qualitativ ungeheuer wertvoll ist. Er wird in den Ministerien gelesen, genauso wie in den politischen Parteien, und aus Zuschriften wissen wir, wie stark das Interesse für diese Zeitschrift ist.

Es gibt aber eine Gruppe von Men-

schen, die den „Freiheitskämpfer“ als ein rein ideologisches Organ auffaßt, und diese Menschen sind daher manchmal unzufrieden, wenn sie auch über rein materielle Bestimmungen, Verordnungen und Erlässe lesen. Auf der anderen Seite gibt es viele Kameradinnen und Kameraden, die in schwierigen Verhältnissen leben und daher die Zeitschrift in die Hand nehmen, um darin etwas zu finden, was ihnen materiell helfen könnte. Sie sind vielleicht dann etwas enttäuscht, weil es ja auf diesem Gebiet andere Zeitschriften gibt, die es leichter haben, die einfach fordern, diese Forderungen in ihren Zeitungen ausführlich behandeln und dem Leser vorsetzen.

Der Leser ist dann geneigt, diese Forderungen als bereits erfüllte Tatsachen anzusehen, und will nun, daß ihm seine Zeitung, der „Freiheitskämpfer“, das gleiche vorsetzt. Wir haben uns im „Freiheitskämpfer“ grundsätzlich immer einer objektiven Berichterstattung unterworfen, wir haben immer sachlich gearbeitet, wir haben unseren Kameradinnen und Kameraden nie viel versprochen, wir haben unseren Freunden das gesagt, was zu sagen war. Unsere ganze Auffassung in der Frage der politisch Verfolgten und der Wiedergutmachung haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht, wir haben immer wieder betont — seit 20 Jahren —, daß wir das Opferfürsorgengesetz nicht als eine glückliche Lösung ansehen, daß wir eine Wiedergutmachung für unmöglich halten, weil wir glauben, daß die Verfolgung zwischen 1938 und 1945 gar nie wiedergutmacht werden kann. Wir haben daher sehr objektiv und sachlich berichtet.

Nun sind zwei Jahrzehnte ins Land gegangen. Aber auch jetzt ist die Existenz der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten nach wie vor notwendig, nicht nur als eine Legitimation der Regierung dafür, daß es in diesem Lande Widerstandskämpfer gegeben hat, sondern weil wir glauben, daß die österreichische Freiheit und Souveränität immer wieder verteidigt werden muß. Gerade die letzten Ereignisse in der CSSR beweisen, wie notwendig es ist, daß wir unsere Neutralität behaupten, daß wir unser österreichisches Staatsbewußtsein stärken, daß wir alles tun, was uns irgendwelchen Einflüssen deutsch-nationaler Art zu widerstehen. Hier hat es die Partei oft schwerer, wir haben es leicht, unsere Position ist klar, wir stehen auf dem Standpunkt der österreichischen Nation, wir haben als Patrioten diese österreichische Nation mit allen Mitteln zu verteidigen. Wir stehen für diese österreichische Nation ein, und daß sich heute weite Kreise der österreichischen Bevölkerung, viele Verbände und Organisationen und selbst die Presse zu dem Gedanken der österreichischen



Altlandeskanzler Dr. Gerhart, dessen Stimme in der österreichischen Politik nach wie vor großes Gewicht hat und der immer wieder für die Verständigung der Gegner vor einst eingetreten ist, feierte vor kurzem den 70. Geburtstag.

Nation bekennen, ist — das wollen wir bei aller Bescheidenheit behaupten — auch ein Erfolg unseres „Freiheitskämpfers“.

So gehen wir denn in das dritte Jahrzehnt des „Freiheitskämpfers“ und wissen, daß seine Existenz notwendig ist. Wir werden bemüht sein, auch in Zukunft sowohl jenen zu dienen, die das Blatt lesen, um die ideologischen Grundsätze unserer Partei und unserer Organisation zu kennen, wie auch jenen, die vielleicht in Sorge, oft bedrückt von materieller Notlage, nach dem Blatt greifen, um zu erfahren, wie sie sich ihr Leben doch ein wenig verbessern könnten. Der „Freiheitskämpfer“ wird weiterhin ein Kampfblatt der politisch Verfolgten innerhalb der Österreichischen Volkspartei bleiben!

Gedenkstunde vor dem Figl-Hof

Am Vorabend des Nationalfeiertages, Freitag, 25. Oktober, findet um 19.30 Uhr vor dem Leopold-Figl-Hof auf dem Merzplatz, dem einstigen Sitz des Gestapo-Hauptquartiers in Wien, eine Gedenkstunde der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer, KZ-Verband) statt, in der Nationalratspräsident Dr. Alfred Maletka die Festrede halten wird. Über dem Hauptportal des neuen Gebäudes zeigt ein Relief den Schicksalsweg der Gestapo-Opfer ins Gefängnis und bis zur

Hinrichtung. Im Innern des neuen Wohn- und Bürogebäudes, das an der Stelle des ehemaligen Hotels Metropol am Wiener Donaukanal steht, wurde ein von der Salztorgasse aus zugänglicher Gedenkraum der drei Opferverbände eingerichtet. Der Gedenkstein für die Gestapo-Opfer, der bisher an der Donaukanalbrücke, wird nunmehr seinen endgültigen Platz auf dem Merzplatz, gegenüber dem Haupteingang der früheren Gestapozentrale erhalten. Dort wird auch die Gedenkstunde stattfinden, zu der alle Mitglieder der Kameradschaft eingeladen sind.

Hochzeit im Hause Kittel

Am Sonntag, 8. September, trau in Wien der Sohn des langjährigen Chefredakteurs unseres „Freiheitskämpfers“, Erich Kittel, in den Ehesand. Der Vorstand der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und der „Freiheitskämpfer“ wollen in der Reihe der Gratulanten nicht fehlen und wünschen dem jungen Paar für seinen Lebensweg Glück und Segen.

UNSERE TOTEN

Viktor Polzers letzter Weg

Unter großer Beteiligung von Trauernden fand im Zentralfriedhof in Klagenfurt-Annabich die Beisetzung des ehemaligen Volksschuldirektors Oberschulrat Viktor Polzer statt, an der vor allem eine starke Abordnung von Kärntner Abwehrkämpfern und von Kameraden der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sowie von Schulbehörden teilnahm. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, deren langjähriger Mitarbeiter der Verstorbene war, erwies ihrem Kameraden und treuen, aufrechten Österreicher durch eine Abordnung unter der Führung der Vorsitzendenstellvertreter Alt-Nationalrat Dr. Wunder, Regierungsrat Winkl, Amarat Ing. Jaritz und Kriminaloberleutnant Paganitz sowie des stellv. Landesarbeitsamtsleiters Winkl, Amarat Bürger und Regierungsrat Skorianz u. a. die letzte Ehre.

DR. ERNST JOSEF GÖRLICH

CARL VON VOGELSANG

ZU SEINEM 150. GEBURTSTAG

Sehen erschien aus der Feder von Kamm.-Dr. Ernst Joseph Görlich im Veritas-Verlag (1020 Linz, Haraschstraße 3, OS.) eine kleine Biographie Vogelsangs.

Österreich feierte am 3. September 1968 den 150. Geburtstag des großen katholischen Sozialreformers Carl von Vogelsang. Er war der geistige Vater der Christlichsozialen Partei, und ohne sein Wirken hätte es wohl kaum einen Doktor Karl Lueger gegeben, so wie wir ihn kennen. Vogelsang war kein gebürtiger Österreicher, vielmehr einer von denen, die aus der Ferne nach Österreich gekommen sind und hier zu besseren Österreichern wurden als manche jener, denen die Donsur ihr Wiegenland sang. Für Vogelsang war Österreich der Erbe des Heiligen Römischen Reiches. Im Jahr 1876 schrieb er das prophetische Wort nieder, daß die Welt zu einem nie dagewesenen Flammenmeer werden würde, wenn es einem „frechen Eroberer gelänge“ — wir zitieren jetzt wörtlich — „unter heuchlerischem Vorwand die Nationalität Österreichs zu zerstören“. Allerdings, er sah ein ideales Österreich. So strebte er — wie später Erzbischof Franz Ferdinand d'Este, Aurel Popovici, Dr. Karl Renner und andere Vertreter des österreichischen Gedankens — nach der Umwandlung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, wie sie seit 1867 bestand, in einen Bund freier, unabhängiger Nationen an der Donau. Auch außenpolitisch war er der Haltung der damaligen österreichischen Regierung gegenüber skeptisch. Er war kein unbedingter Anhänger des österreichisch-deutschen Bündnisses von 1879, er hätte ein Bündnis Österreich-Rußland lieber gesehen. Denn Vogelsang war der Meinung, daß Rußland der natürliche Verbündete Österreich-Ungarns sei und daß man sich in der Balkanfrage verständigen könne, wenn man nur wolle. Er warnte auch vor der Überflutung Österreichs durch deutsche Literaturprodukte aller Art und in die Gefahr einer geistigen Absorption bringen würde.“ Und Vogelsang setzt hinzu: „Man verteidigt das Vaterland nicht allein mit dem Säbel und der Musketen!“

Der Mann, der diese Warnung den Österreichern in das Stammbuch schrieb, war als Sohn eines preussischen Offiziers am 3. September 1818 in Liegnitz (Preussisch-Schlesien) geboren worden. Die Familie stammte aus Mecklenburg, und nach Absolvierung der üblichen Studien übernahm Vogelsang das Familiengut Alt-Gutenberg zur Verwaltung. Als er jedoch 1850 zum katholischen Glauben übertrat, trieb ihn die Intoleranz seiner adeligen Standesgenossen aus Mecklenburg. Nach jahrelanger Wanderung — er hatte für eine immer größer werdende Familie zu sorgen — kam er 1869 nach Österreich. Der Versuch, den „Magdalenenhof“ auf dem Bismarck bei Wien zu bewirtschaften, scheiterte. So ging Vogelsang daran, sich mit der Feder sein Brot zu verdienen. Von 1875 bis zu seinem Tod war er der leitende Redakteur des unabhängigen katholischen Tagblattes „Vaterland“, dessen Eigentümer eine Gruppe österreichischer Hochadeliger war. Sie ließen Vogelsang im allgemeinen in der Führung des Blattes freie Hand. In eigener Verantwortung gründete er noch die „Monatsschrift für christliche Sozialreform“, in der größere Arbeiten veröffentlicht werden konnten.

Das soziale Anliegen Vogelsangs läßt sich in dem von ihm geprägten Satz zusammenfassen: „Entproletarisierung des Proletariats.“ Er lehnte es ab, die menschliche Arbeitskraft als „Ware“ zu betrachten, die nach den Gesetzen von „Angebot“ und „Nachfrage“ bezahlt werde. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollte ein „Gesellschaftsvertrag“ geschlossen werden. Dieser Ausdruck bedeutet im Wesen nichts anderes als Mitbestimmung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Forderung, über die heute in vielen europäischen Ländern diskutiert wird. Für Vogelsang sollte auch nicht der „Profit“, sondern der Nutzen für die Allgemeinheit die Grundlage der Wirtschaft bilden.

Vogelsang sammelte eine Reihe von Anhängern um sich. So etwa den Prinzen Alois Liechtenstein, als der „Rote Prinz“ bekannt, den Pfarrer Eichhorn, der flammende Protestschriften gegen die Aus-

beutung der Angestellten der damals noch privaten Wiener Straßenbahn schrieb, Sektionsrat Dr. Karl Scheimpfing vom k.-k. Ackerbauministerium, der als letzter des Vogelsang-Kreises erst 1944 in hohem Alter starb, Prälat Schindler und schließlich den eigentlichen Gründer der Christlichsozialen Partei und späteren Bürgermeister von Wien Dr. Karl Lueger. Es waren Vogelsangs Gedankens, wenn Lueger später die Straßenbahn, die Gas- und die Elektrizitätswerke in den Besitz der Gemeinde überführte.



Dieser kleinen Gruppe von Vogelsang-Anhängern gelang es, während der langjährigen Ministerpräsidentschaft von Graf Eduard Taaffe (1879–1893) eine Reihe sozialer Gesetze im österreichischen Reichsrat durchzusetzen.

Dr. Viktor Adler, mit dem übrigens Vogelsang Beziehungen unterhielt, erklärte auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Brüssel 1891, daß Österreich „neben England und der Schweiz das beste Arbeiterschutzgesetz der Welt“ besitze. Auf internationaler Bodens arbeitete Vogelsang in der „Union de Fribourg“ mit, deren Leitung der Genfer

Kardinal Mermillod innehatte und die wertvolle Vorarbeiten für das 1891 erschienene Rundschreiben Leo's XIII. über die Arbeiterfrage „Rerum novarum“ leistete.

Vogelsang starb am 8. November 1890 an den Folgen eines Verkehrsunfalls auf der Wiener Ringstraße. Aber sein Geist lebt bis heute fort und wir haben allen Anlaß, uns gerade jetzt seiner zu erinnern.

SCHÜLER BESUCHEN MAUTHAUSEN

Der Bürgermeister von Neulengbach, Josef Mayer, hatte heuer nach Schluß der Schüler der Abschlußklassen der Hauptschule zu einer kostenlosen zweitägigen Fahrt nach Mauthausen, Kremsmünster, Salzburg und München

eingeladen. Dieses großzügige Angebot konnte deshalb gemacht werden, weil die Kameradschaft der politisch Verfolgten der ÖVP eine finanzielle Unterstützung gewährt hatte. Bürgermeister Mayer hat dem Obmann der Kameradschaft politisch Verfolgter, LAöb. GR Leinkauf dafür herzlich gedankt. An der Fahrt nahmen neben Bgm. Mayer Dech. Klammer, sechs Lehrkräfte und 71 Schüler teil.

GASTHOF ZUM

„HANDSCHUHMACHER“

Johann Zechmeister
Gutenstein-Mariahilfberg, Nö.

Vorzügliche Küche
Erstklassige Fremdenzimmer
Schattiger Garten Liegeterrasse
Verkauf von Reiseandenken

Zirkusgasse 13
1020 Wien
Telefon 55 94 91

KARTONAGEN O. H. G. RICHARD GERIN

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

Mariazell, Pater-Abel-Platz 3
Telefon 25 45
Haus mit allem Komfort

FOTO

KNOLL

Das Fotospezialgeschäft
bei der Reichsbrücke
Lassallestraße 40
1020 Wien
Telefon 24 23 45

ELEKTRIZITÄTSWERK DER STADTGEMEINDE MARIAZELL

SPEZIALNÄHMASCHINEN

1061 Wien
Mariahilfer Straße 51

NÄHCHUSTER

Missionskloster

SCHLOSS WERNBERG

bei Villach, Kärnten, Telefon 216

JOSEF FELBER'S ERBEN

L. & M. Wieser

Maschinen-
und Werkzeugherzeugung

Wien 7, Kaiserstraße 44, Telefon 93 83 54

Weinhaus

FRANZ SCHUSTER

Wien 20, Dresdner Straße 58

Vertrieb von:

Teerfarbstoffen,
Chemischen und
pharmazeutischen
Produkten

Ges. m. b. H.

Wien 7,

Lindengasse 55

Telefon 93 36 37

VEDEPHA

Ein Besuch bei Möbel-Trinkl lohnt sich

FILIALEN:

WIEN X

LAXENBURGER STRASSE 23

TELEFON 64 22 09

WIEN XXI

FLORIDSDORFER HAUPTSTRASSE 26

TELEFON 37 61 47

MÖBEL-TRINKL

WIEN XX

JÄGERSTRASSE 59-63

TELEFON 33 21 26, 23 31 40

OKA

Großhandel für Bau- und Industriebedarf

Karl Breyer, Wien 7, Kirchengasse 41
Telefon 93 25 41-44

FUHRWERKSUNTERNEHMUNG
MINERALÖLTRANSPORTE

**Franz
Stummer**

Wien V, Hamburgerstraße 15, Telefon 57 72 81

FRANZ STUMMER

**Hamburger
Garage**

Wien V,
Hamburgerstraße 15
Tel. 57 72 81

ÖSTERREICHISCH - AMERIKANISCHE MAGNESIT AKTIENGESELLSCHAFT

RADENTHEIN

KÄRNTEN

BENEDIKTINERSTIFT

ST. PAUL



ST. PAUL i. L.

Strand-Casino

Werzer

Pörschach am Wörther See
Kärnten

Erziehungsanstalt
für schwachbegabte Kinder

Leitung des Pius-Institutes

Bruck a. d. Mur

OTTO SCHACHINGER

GROSSFLEISCHHAUEREI
WURSTFABRIK
ROTENSTERNGASSE 12
1020 WIEN
TELEFON 24 32 23, 55 63 99

HOCH-
EISENBETON-
UND STRASSENBAU

FRANZ JAKOB

STADTBAUMEISTER

WIEN VII, KIRCHENGASSE 32
TELEFON 93 56 31

„HEL-WACHT“

BEWACHUNGSDIENST HELWIG & CO.

**BURGGASSE 2
1070 WIEN
TEL. 93 72 47-48**



JOSEF HÖLZL

Emaillierwerk

Stahlbadewannen, Spülbecken, Emailschilder,
Emailbuchstaben, Stanz-, Dreh- u. Fräsarbeiten
Wien 20, Stromstraße 3—9, Telefon 35 26 15

POLKARBON

Österreichisch-polnische Kohlenhandels-gesellschaft K.G.

Wien I, Heßgasse 1, Telefon 63 06 25

**hotel
könig**

zum „Goldenen Brunnen“
Klagenfurt, Lidmanskýgasse 8
Telefon 5145

Carinthia

Buch- und Kunstdruckerei
Klischeeanstalt
Großbuchbinderei
Buch- und Papierhandlung

Klagenfurt,
Völkermarkter Ring 25

Filialen:

Klagenfurt, Sternallee 7
Wolfsberg, Kötschach
St. Veit a. d. Glan

Kolpingsfamilie Lehrlingsheim

Adolf-Kolping-Gasse 18

Klagenfurt

Telefon 2149

Hotel Janach

Bürgerliches Haus
gute Küche
Fließwasser
Klagenfurt

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRÜCKER ZUCKERFABRIK

Gesellschaft m. b. H.

1041 Wien, Theresianumgasse 23

Fabrik: 2460 Bruck a. d. Leitha, NO

BNINER ZUCKERFABRIKS-AKTIEGESELLSCHAFT

1010 Wien, Heßgasse 6

Fabrik: 4470 Enns, OO

HOHENAUER ZUCKERFABRIK

der Brüder Strakosch

1037 Wien, Am Heumarkt 13

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NO

LEIPNIK-LUNDENBURGER

ZUCKERFABRIKEN AKTIEGESELLSCHAFT

1013 Wien, Börsengasse 9

Fabriken: 2203 Dornbrunn, NO, und
2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NO

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK

Conrad Patzenhofers Söhne

7012 Siegendorf/ßgld.

Fabrik: 7012 Siegendorf, ßgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIEGESELLSCHAFT

1014 Wien, Schaulfnergasse 6

Fabrik: 3430 Tulln, NO

PAUL GERIN

BUCH- UND OFFSETDRUCKEREI

Zirkusgasse 13
1020 Wien
Telefon 55 96 01

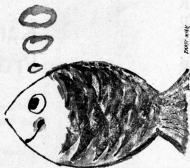
Ing. Hans Wicho

STADTBAUMEISTER

Elisabethstraße 26
1010 Wien
Telefon 57 31 19

Hainburger Seidenweberei

HEINZ SKUTETZKY
Wien VII, Seidengasse 19
Telefon 93 27 44



für wendige...

●	●	●	●	●	●	●	✕	
●	●	●	●	●	●	●	✕	

BERATUNG
IN ALLEN GELDANGELEGENHEITEN

DURCHFÜHRUNG
SÄMTLICHER BANKGESCHÄFTE

**SPITZENINSTITUT DES
RAIFFEISENSEKTORS IN ÖSTERREICH**
1720 RAIFFEISENKASSEN, 9 ZENTRAL-
KASSEN, RAIFFEISEN BAUSPARKASSE

**GENOSSENSCHAFTLICHE
ZENTRALBANK AG**
WIEN I, HERRENGASSE 1

ZWEIGSTELLE
WIEN II, ST. MARK

EXPOSITUR
WIEN II, GROSSMARKTHALLE

GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER
GÖSSER

Spezial-Bräu
-Brauerei-AG

**Leoben-Göss,
Steiermark**

Karl und Maria Prohaska

Backhandelstation erstklassige Stiftsweine
gute Küche

Gasthaus THALLERN, Hotel Südbahn

Guntramsdorf bei Mödling, Niederösterreich
Fernruf 21 16